

S + F

Vierteljahresschrift für
Sicherheit und Frieden
Jahrgang 14 · 1996 · Heft 2
ISSN 0175-274X

Ludwig Watzal

Die Lage der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Friedensprozeß

Ludwig Watzal, Dr., Redakteur und freier Journalist in Bonn; zahlreiche Monographien zur Entwicklungspolitik, zu Albert Schweitzer, Romano Guardini und zum Nahen Osten. Zuletzt erschienen: Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser, Köln-Weimar-Wien 1994.

Jahren andauernde Friedensprozeß hat über 200 Palästinenser und eine etwa gleiche Anzahl von Israelis das Leben gekostet. Der Bomben-Terror der Hamas vom Februar und März 1996 hat auf das schrecklichste gezeigt, wie umstritten der Aussöhnungsprozeß zwischen beiden Völkern in Teilen der palästinensischen Gesellschaft noch ist. Es scheint, als blieben bei diesem Aussöhnungsprozeß die Menschenrechte auf der Strecke, da sie auf der internationalen Agenda immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Allerorten ist

Wer geglaubt hat, daß die Unterzeichnung der »Prinzipien-erklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993 durch Israel und die Vertreter der PLO die Menschenrechtsverletzungen Israels gegenüber den Palästinensern beenden würde, muß schnellstens umdenken. Dieser seit nunmehr zweieinhalb

Realpolitik angesagt. Gleichgültig, ob der US-Präsident sein Menschenrechtsengagement hinter die Wirtschaftsinteressen seines Landes zurückstellt oder ob Bundeskanzler Helmut Kohl durch seinen Besuch bei der chinesischen Volksbefreiungsarmee oder bei Boris Jelzin im nachhinein beiden für ihre Massaker seinen demokratischen Segen erteilt oder ob die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde ihre palästinensischen Gefangenen foltern – ein Aufschrei der Öffentlichkeit war nirgendwo zu vernehmen.

Insbesondere im israelisch-palästinensischen Konflikt hat Israel als Besatzungsmacht eine äußerst negative Menschenrechtsbilanz. Das Land hält trotz des Friedensprozesses weiterhin Palästinenser unter seiner Besatzungsherrschaft, obwohl in unseren Medien überall der »Abzug« der israelischen Truppen zelebriert worden ist. Tatsächlich hat sich vor Ort etwas verändert: Die Palästinenser haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Sie sind die israelischen Besatzer nicht losgeworden und haben ein eigenes repressives Regime hinzubekommen. Die israelischen Truppen sind nicht – wie fast überall berichtet – aus den besetzten Gebieten

abgezogen, sondern sind nur aus den Bevölkerungszentren umgruppiert worden. Kein einziger israelischer Soldat hat den Gaza-Streifen oder die Westbank verlassen. Sie wurden nur an den Stadträndern oder in der Nähe der Siedlungen neu postiert. Um die weiterhin prekäre politische Lage und die andauernden Menschenrechtsverletzungen verstehen zu können, muß ein Blick auf die Bedeutung der Abkommen geworfen werden, die den Anschein erwecken, als sei das israelische Besatzungsregime beendet.

1. Die israelisch-palästinensischen Abkommen als Meilensteine in die Ghettoisierung

Die unterzeichneten Abkommen von Oslo¹, Kairo² und Taba³ sowie die am 20. Januar 1996 abgehaltenen Wahlen werden nicht zu einem Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 führen. Es wird eher zu einem Flickenteppich oder Inselreich kommen, das die Palästinenser »Staat« nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben – und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt – sie haben das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert.

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische und soziale Unterwerfung; sie sind hochgradig asymmetrisch und Ausdruck der Kapitulation der Palästinenser vor ihren Besatzern. Wer glaubt, daß Israel bei den verbleibenden Streitfragen nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews von Ministerpräsident Shimon Peres und seines Ministers ohne Geschäftsbereich Jossi Beilin lesen. Für sie steht ein Palästinenserstaat nicht auf der Agenda. Die einzige Aufgabe und Funktion, die der gewählte »Palästinenser-Rat« hat, ist die Eliminierung der PLO-Charta; dies hat Peres überdeutlich gemacht. Die palästinensische Führung hat sich in eine fatale Abhängigkeit von Israel gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen, d. h. sie müssen die Opposition gegen den Friedensprozeß mit allen Mitteln niederhalten. Insbesondere nach den jüngsten Terroranschlägen auf israelischem Staatsgebiet muß Arafat schnelle Erfolge vorweisen. Die Abkommen sind also primär Sicherheitsabkommen. Ihre Umsetzung sichert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne daß das Land weiter als Besatzungsmacht erscheint; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter.⁴

Wie sieht der »neue Nahe Osten« für die Palästinenser aus, über den Ministerpräsident Peres so begeistert redet? Israel behält das Jordantal als seine Sicherheitsgrenze, annektiert die

Siedlungskonzentrationen, behält das »vereinigte« Jerusalem, zieht sich nicht auf die Grenzen von 1967 zurück und verweigert den Palästinensern weiterhin das Rückkehrrecht. Die israelische Führung spricht nie von einem Palästinenserstaat, sondern nur von einem autonomen Gebilde.

Dieses Konzept der Peres-Regierung unterscheidet sich in nichts von den Vorstellungen der Rechten in Israel. Deshalb kann Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, daß der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern ungefähr darin besteht, den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation aufzuerlegen oder ihnen eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zuzumuten. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern nur machtpolitisch erledigt. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.

Der Soziologieprofessor Baruch Kimmerling schreibt dazu am 3. Januar 1996 in Ha'aretz, daß dieses Abkommen (Oslo II) den berüchtigten Versailler Vertrag als ideal erscheinen läßt. »Die Frage einer Erneuerung des Palästinenseraufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird und der – wie der Arabische Aufstand von 1937 bis 1939 – sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit.«

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Wahlen nicht nur von den Palästinensern als ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat gepriesen, sondern auch die westliche Presse intonierte diese Melodie. Wer sich die realen Machtverhältnisse im Nahen Osten ansieht, stellt schnell fest, daß die Handlungsfähigkeit Arafats und seines Parlaments vom guten Willen Israels abhängt. Arafat wurde zwar von den Palästinensern mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt, ohne aber einer sein zu dürfen. Auch das Parlament darf kein Parlament im klassischen Sinne sein, weil es kein Gesetz verabschieden darf, das einer israelischen Militärverordnung widerspricht, und die gelten weiterhin auch in den teilautonomen Gebieten.

Arafat hat den Wahlkampf nicht mit den Abkommen geführt, sondern mit dem Versprechen, einen Palästinenserstaat zu gründen und für die Rückkehr der Flüchtlinge zu sorgen. Trotz hoher Wahlbeteiligung sind die Wahlen ein großer Rückschlag für die nationale Frage der Palästinenser, und dies stärkt Arafat in seiner autokratisch-diktatorischen Rolle. Der gewählte Rat spielt keine Rolle und hat keinerlei Befugnisse bei den bevorstehenden Verhandlungen. Arafat selbst hat seine Mißachtung gegenüber dem gewählten Rat dadurch ausgedrückt, daß er sich – noch bevor dieser überhaupt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten konnte – nicht vor den gewählten Repräsentanten zum »Präsidenten« vereidigen ließ, sondern vor einigen geladenen Honoratioren und Arafat-Günstlingen. Bei Arafats gestörtem Verhältnis zum demokratischen Verfahren sollte von ihm in Sachen Demokratie nicht allzuviel erwartet werden. Eher ist zu befürchten, daß es zu einer repressiven autokratischen Herrschaft kommt.

1 Vgl. die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO, hrsg. von der Botschaft des Staates Israel, Presse- und Informationsabteilung, Bonn, September 1993.

2 Vgl. Agreement on the Gaza Strip and the Jericho Area, o.O. (Bonn), o.J. (1994).

3 Vgl. Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, Washington, September 1995.

4 Man beachte den Duktus des »Gaza-Jericho-Abkommens« und des »Interim-Abkommens«, der eher als ein Diktat denn als eine Vereinbarung von gleich zu gleich gelten kann.

Die Israelis verhandeln weiter nur mit Arafat und seiner Rest-PLO. Durch die Wahlen hat Arafat endlich die Legitimation, die sich die Israelis seit Beginn der Verhandlungen gewünscht haben. Er wird weitere weitreichende Konzessionen machen müssen, die er aber jetzt in seiner neuen Rolle als gewählter »Präsident Palästinas« machen wird. Ob der gewählte Autonomie-Rat Arafat kontrollieren kann, darf bezweifelt werden. Arafat kann zwar wieder einen Palästinenserstaat proklamieren – dies hatte er bereits 1988 getan –, aber es ist ihm nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben oder die Ein- und Ausreise seiner Bevölkerung zu regeln. Die neu ausgestellten Reisepässe sind nur insofern brauchbar, als Israel es den Palästinensern gestattet, auszureisen. Die Aus- und Einreise erfolgt nicht aufgrund des Passes, sondern hängt vom guten Willen Israels ab.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen und die Konsequenzen vor Ort noch nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Die meisten Investitionen laufen an den Autonomieinseln vorbei und fließen nach Jordanien und Israel. Welcher Unternehmer will schon in einem Gebiet investieren, das ständig abgeriegelt werden kann und weiterhin unter Besatzung steht? Wenn Arafat überhaupt Geld bekommt, dann für sein auf 70.000 Personen angewachsenes militärisch-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes. So werden im Augenblick hauptsächlich die Gelder dafür verwendet, Arafats neuentstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angetan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

2. Das Interimsabkommen als Vorwegnahme des Schlußabkommens

Die Konzessionen, die die Palästinenser auch im Interimsabkommen machen mußten, sprechen für die eingangs geäußerte Unterwerfungsthese. Die sieben Annexe des »Interimsabkommens« lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z. B. die religiöse Shas-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feilschen muß. Wie Israel die Rolle Arafats sieht, zeigt folgendes Zitat: »Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen« – so der Generalstabschef Amnon Shahak am 24. September 1995 in Yediot Aharonot. Daß Arafat nur noch israelische Befehle und Anweisungen auszuführen hat, machte Ministerpräsident Shimon Peres am 5. März 1996 deutlich: »I'm not asking Arafat to do this (d. h. die Liquidierung der PLO-Charta – L.W.), I'm demanding it.«

Wie sich die tatsächliche Lage für die Palästinenser darstellt, beschreibt Meron Benvenisti in Ha'aretz vom 14. Dezember 1995: »Der Rückzug der IDF-Streitkräfte aus den Städten und den umliegenden Dörfern hat die Lage nicht verändert. Die wichtigsten Merkmale der Besetzung sind noch vorhanden, und die erzielte Unabhängigkeit in den Gemeinden geht einher

mit einer noch größeren Unterdrückung. Die augenblickliche Lage ist für die israelische Regierung bequemer.«

Nach dieser Feststellung ist es völlig unverständlich, warum das Interimsabkommen von palästinensischen Kommentatoren als »Meilenstein« gepriesen wird. Arafat hat Israel bereits im »Gaza-Jericho-Abkommen« in Artikel 22 und nochmals im »Interimsabkommen« in Artikel 20 einen »Persilschein« dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungsherrschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.⁵

Wie irrelevant ein Interimsabkommen ist, wird durch einen Kommentar in Ha'aretz vom 6. Juli 1995 von Meron Benvenisti deutlich: »Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als »Besetzung« beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, den Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, dem Gebrauch des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, dem bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimsabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden »israelische Verbindungsbeamte« hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht.«

Die Gebiete werden ethnisch und nicht geographisch definiert. Keine jüdische Siedlung wurde aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, die in »ethnisch reinen« Siedlungen unter sich leben. Die Palästinenser haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über rund 40 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Etwa 4.500 israelische Siedler bewohnen etwa das gleiche Gebiet, auf dem über 934.000 Palästinenser leben und existieren müssen. Auch in der Westbank ist alles beim alten geblieben. Sollten die Gebiete bis nach den israelischen Wahlen Anfang Juni abgeriegelt bleiben, kann es zu »Hungerrevolten« kommen. Die Strangulierung der Palästinenser schwächt auch die Position Arafats und spielt direkt Hamas in die Hände.

Da sich beide Parteien offiziell in einem Friedensprozeß befinden, könnte man meinen, mit den Menschenrechten sei alles bestens bestellt. Zu dieser Sorglosigkeit besteht aber kein Anlaß.

3. Die Menschenrechte im Friedensprozeß

Um die Lage der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Verhältnis steht es nicht zum besten. Die israelische Menschenrechtsorganisation HAMOKED zieht folgendes Resümee eines Workshops am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem und beschreibt damit die Realität vor Ort treffend: »The agreements have left Israel in

5 Vgl. dazu Artikel 22 im »Gaza-Jericho-Abkommen«, S. 22, und Artikel 20 im »Interim-Abkommen«, S. 13.

effective control of most aspects of Palestinian daily life. By retaining direct authority over freedom of movement, through exit and entry permits, residency and family reunification permits, Israel also controls basic issues of economy, health, freedom of education, family life and culture in general. Extensive powers of the Israeli security services and perpetual closures only underscore and exacerbate this situation. The fundamentals of the human rights situation in this area, together with the bulk of human rights violations remain the same, unaffected by the agreements.«

Die Abkommen haben zu einer Zurückdrängung der Menschenrechtsfragen geführt. So hat sich eine absurde Situation ergeben, die man in fünf Punkten zusammenfassen kann und der die folgende Logik zugrundeliegt: In Israel und in den Autonomiegebieten brauche man sich um die Menschenrechte nicht mehr zu sorgen, da es ja einen Friedensprozeß gebe; Menschenrechtsverletzungen sollten nicht öffentlich diskutiert werden, weil sie diesen Prozeß stören würden; die Menschenrechte würden jetzt mit politischen Fragen verbunden, wie die diversen politisch motivierten Hungerstreiks von Gefangenen zeigen; die Menschenrechte müßten zurücktreten, damit der Friedensprozeß gelingen könne, d. h. über die fortdauernden Landenteignungen, Tötungen oder Folterungen solle geschwiegen werden, und last but not least ist in Israel ein neues Interesse an palästinensischen Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen, da es sich jetzt zeige, daß die Palästinenser nicht ihre eigenen Angelegenheiten regeln könnten.

Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Besatzungsregime

In seiner nun schon 29 Jahre dauernden Besatzungszeit hat Israel die Menschenrechte der Palästinenser auf das schwerste verletzt.⁶ Palästinensische Terrorkommandos hatten immer wieder unschuldige Israelis getötet, und dies benutzte die israelische Regierung als Rechtfertigung für ihr übertriebenes Sicherheitsbedürfnis und die damit einhergehenden illegalen Maßnahmen. Legitime Sicherheitsinteressen und Übereifer der Behörden waren dann auch die Standardrechtfertigungen. Eine Demokratie kann sich jedoch auf Dauer nicht solcher Argumente bedienen, weil die Menschenrechtsverletzungen langfristig auch die demokratischen Strukturen Israels erodieren lassen. Es hat sich gezeigt, daß das Sicherheitsargument nur als Vorwand genutzt wurde, um die Palästinenser politisch zu unterdrücken und ökonomisch auszubeuten. Auch seit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« ist keine wesentliche Verbesserung der Lage der Menschenrechte eingetreten. Es hat keinen wirklichen Wandel im Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Israelis gegenüber den Palästinensern gegeben. Selbst Israels Präsident Ezer Weizmann geht hier mit »gutem« Beispiel voran. Am 6. März 1996 erklärte er: »When you are looking for a needle in a haystack, and you cannot find the needle – you must burn the whole haystack.« Ist dies die israelische Version von »Werft sie alle ins Meer«? Selbst der israelische Schriftsteller S. Yizaher, der als ein »Humanist und Gewissen des Volkes« gilt, hat die Palästinenser als »Kannibalen« bezeichnet, die man aus der Bezeichnung »menschliche Wesen« ausschließen sollte! Alte Vorurteile leben also weiter

fort. In einigen Bereichen ist sogar eine Verschlechterung zu beobachten, wie bei der Beschlagnahme von Land. Sie hat dramatische Ausmaße angenommen, da Israel Land für das separate Straßensystem für die Siedler und zum weiteren Ausbau der Siedlungen benötigt.⁷ Alles Land, das jetzt noch konfisziert wird, braucht nicht mehr in die Konkursmasse bei den Endverhandlungen eingebracht zu werden. Daneben werden weiterhin Häuser zerstört, Gefangene gefoltert, sogenannte »gesuchte Personen« durch »Todesschwadronen« liquidiert, unliebsame Palästinenser entweder im Ausland oder in den autonomen Gebieten ermordet, Ausgangssperren verhängt, die besetzten und autonomen Gebiete abgeriegelt, den Palästinensern der Zugang zu Ost-Jerusalem seit März 1993 versagt, die Ein- und Ausreise von Palästinensern verweigert, die Familienzusammenführung verhindert u.v.m.

Bevor die israelische Armee sich aus den Bevölkerungszentren zurückzog, verhaftete sie etwa 200 Palästinenser, die gegen den Friedensprozeß waren, und steckte sie in Administrativhaft. Auch die in der Folge der Terroranschläge verhafteten Palästinenser werden dieser Art von Bestrafung zugeführt, da man gegen sie keinerlei Beweise hat. Der »Vorteil« dieser Art von Strafe ist, daß keine Anklage erforderlich und eine mehrmalige halbjährliche Verlängerung möglich ist. Manche Häftlinge verbringen so Jahre in Administrativhaft, ohne jemals angeklagt zu werden. Die Administrativ-Häftlinge werden in Ketziot, einem unwirtlichen Ort in der Negev-Wüste, unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangengehalten.

Ein besonders heikles Thema sind die andauernden Folterungen von Palästinensern durch den israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet. Wie die Menschenrechtsorganisation B'Tselem in ihrem Bericht vom 17. November 1994 feststellt, geht die übliche Anwendung von Folter bei Verhören weiter. Es sterben zwar weniger Palästinenser, aber vermutlich hat die Folter zugenommen. Zuletzt starb Ende April 1995 der Palästinenser Abd el Samed Harizat durch zu heftiges »Schütteln«. Der Bericht schließt mit dem Appell: »Die israelische Regierung muß umgehend Schritte einleiten, die der Folter bei Verhören ein für alle Mal ein Ende setzen.«⁸ Schon im Juni 1994 hatte Human Rights Watch in Washington denselben Tatbestand umfangreich dokumentiert. Der kürzlich ermordete Ministerpräsident Yitzhak Rabin hatte zugegeben, daß an etwa 8.000 Palästinensern die Methode des »Schüttelns« angewandt worden sei. Wie real die Mißhandlungen sind, zeigt ein Zwischenfall am 1. Dezember 1995. Der 15jährige Abdel Rahman Asaad Shamlah mußte nach zweimonatigem intensivem Verhör im Gefängnis von Ashkelon ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil er seine Bewegungsabläufe nicht mehr kontrollieren konnte. Zur gleichen Zeit verlor der 18jährige Islam Sharif Abu Al-Izzah im Jalma-Gefängnis ein Auge, da seine Verhörer ihn heftig geschlagen hatten.

Im israelischen Parlament werden derzeit drei Gesetze beraten, die die Anwendung von Gewalt bei Verhören legalisieren sollen. Im Gesetz über den Shin Bet wird es dem Geheimdienst erlaubt, »Gewalt anzuwenden«, um Informationen zu erhalten, vorausgesetzt, die Methode verursacht keine »starken Schmerzen«. Was starke Schmerzen sind, bleibt

6 Vgl. dazu Ludwig Watzal, *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Köln-Weimar-Wien 1994.

7 Vgl. die Aufstellung vom »Land and Water Establishment« (LAW) und der »Society of St. Yves« in Jerusalem vom Januar 1996.

8 *Torture during Interrogations: Testimony of Palestinian Detainees, Testimony of the Interrogators*, Jerusalem, November 1994, 38 Seiten.

offen. Sollte dies Gesetz werden, wird Folter erstmals in Israel ausdrücklich legalisiert sein.⁹ Dieser Gesetzentwurf widerspricht der von Israel unterzeichneten UN-Konvention gegen Folter. Hinzu kommt noch, daß den Geheimdienstagenten Immunität zugesichert wird, und zwar für solche »begründeten Akte, die im guten Glauben und in Erfüllung ihrer Pflicht« begangen worden sind. Das »Palestinian Committee against Torture in Israel« (PCATI) kritisiert in diesem Zusammenhang, daß das Gesetz gegen Folter und das Gesetz über die Geheimdienste als Junktim behandelt werden, obwohl es in der UN-Folterkonvention heißt, daß ein Notstand nicht dazu mißbraucht werden dürfe, um Folter zu rechtfertigen. Mit dieser Verbindung gelingt der israelischen Regierung ein sophistischer Trick, der die Regierung niemals in eine Situation geraten läßt, in der sie ihre eigenen Gesetze bricht, da die Anwendung von Folter durch den Shin Bet rechtlich keine Folter ist. Dementsprechend schreibt der bekannte Rechtsprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Mordechai Kremnitzer, am 4. Februar 1996 in der Tageszeitung »Yediot Aharonot«: »Only in form would this be a law; in essence, it would be manifestly illegal.« Bei einem Treffen zwischen Justizminister David Liba'i und dem Generalsekretär von amnesty international, Pierre Sané, erklärte letzterer: »You are not the only country where torture is practiced. We know of at least ninety, but they all try to deny and hide it. If Israel becomes the first state in today's world to openly and officially legalize torture, it would be a grave setback to human rights in the entire world, and you must expect to become the focus of international criticism.«

Auch die Aktionen der »verdeckten Einheiten« oder »Todeschwadronen« gehen weiter. Immer noch werden sogenannte »gesuchte Personen« gejagt und liquidiert. Am 6. Januar 1995 erschossen laut amnesty international/London diese Einheiten vier Palästinenser im Alter von 16 bis 32 Jahren bei Bet Liqya. Aus einem Volkswagen-Bus schossen die Soldaten in Zivil die vier nieder, ohne ihnen überhaupt eine Chance zur Aufgabe zu geben. Minuten später schaffte dann die reguläre israelische Armee die Leichen fort.

Wie gering Israel die »Souveränität« der palästinensischen Autonomiebehörde achtet, zeigt die Tatsache, daß am 5. und 6. Februar 1996 Mitglieder von Arafats Fatah und Mitglieder des »Islamischen Jihad« im »befreiten« Jenin vom israelischen Militär verhaftet worden sind. Während dieser Festnahmen wurde das Mobiliar zertrümmert. Die täglichen Diskriminierungen bei dem Versuch, eine der vielen Genehmigungen für Ost-Jerusalem (wie Einreiseerlaubnisse, Aufenthaltsgenehmigungen, Baugenehmigungen etc.) zu erhalten, gehen unvermindert weiter. Nach den Terroranschlägen haben das israelische Militär und die diversen Sicherheitsdienste freie Hand, gegen die Palästinenser vorzugehen, was sie auch in extensiver Form tun. Rechte, Menschenrechte und Menschlichkeit bleiben auf der Strecke. Was zählt, ist allein die Sicherheit. Die Brutalität stört die internationale Staatengemeinschaft nicht; sie hat auf der »Anti-Terror-Konferenz« in Ägypten Israel ihren Segen gegeben. Bill Clinton hat für Israels Vorgehen verbal Verständnis gezeigt, symbolisch hat er dazu seinen Segen gegeben, indem er an einer Sitzung des israelischen Sicherheitskabinetts teilgenommen hat. Ein

einmaliger und weitreichender Vorgang! Da kaum eine ausländische Macht Israel wegen seines Verhaltens in der Menschenrechtsfrage kritisiert, braucht das Land seine Prioritäten auch nicht zu ändern.

Menschenrechtsverletzungen durch die palästinensische Autonomiebehörde

Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser aber noch verschlimmert. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Da Arafat nach Auffassung der Israelis für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in seinen Enklaven zu sorgen hat, ging er sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Seine sechs Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet, gelernt. So werden Palästinenser eingeschüchtert, bedroht, willkürlich gefangen genommen und mißhandelt. Sechs Palästinenser wurden schon vom eigenen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Nach Angaben der »Jerusalem Times« von 2. Februar 1996 wurden im Gebiet von Bethlehem 15 Palästinenser vom eigenen Sicherheitsdienst schwer mißhandelt. Mehrere Abgeordnete des »Palästinenser-Rates« verlangten die Einstellung der Folterungen von eigenen Landsleuten. Auf der Anfang Februar abgehaltenen Konferenz über die Lage der Menschenrechte in Bethlehem wurden die Folterungen durch den Arafat-Geheimdienst auf das schärfste verurteilt, und es wurde die Verabschiedung von Richtlinien für die Behandlung von Gefangenen gefordert.

Immer wieder wird im Zusammenhang mit den Folterungen von Palästinensern der Sicherheitschef von Jericho, Jchibril Radjub, genannt. Er saß 17 Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er 1988 in den Libanon deportiert worden ist. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1995 griff er die »politisch motivierten« Menschenrechtsaktivisten an, insbesondere den langjährigen Mitarbeiter von B'Tselem, Bassam Eid. Radjub bezeichnete ihn als »Agenten«, der für die israelische Polizei arbeite. Eine solche Anschuldigung kommt einem Todesurteil gleich. Bassam Eid beschwerte sich daraufhin bei Yassir Arafat. Weiterhin ist die freie Arbeit von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen nicht mehr gewährleistet. Rechtsanwalt Raji Sourani von »Gaza Center for Rights and Law« und Jan Abu Shakrah vom »Palestine Human Rights Information Center« wurden kurzerhand abgesetzt, weil sie es gewagt hatten, Arafats Vorgehen zu kritisieren. Insbesondere das auf Druck der USA und Israels eingerichtete Staats Sicherheitsgericht ist ein Skandal. Diesem ominösen »Gericht« sitzen inkompetente Militärs vor. Es gibt keine Protokolle, die Gefangenen wissen bis kurz vor der Verhandlung nichts über die ihnen gemachten Vorwürfe, es sind keine Anwälte zugelassen, und das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie es der palästinensische Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah formuliert. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeit gibt, sondern nur die Gnade Arafats. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt.¹⁰

9 Vgl. amnesty international, Israel and the Occupied Territories: A.I. condemns new Draft Law effectively legalizing Torture, 23.10.1995.

10 Vgl. zu diesem »Gericht«: amnesty international, Trial at Midnight. Secret, summary, unfair trails in Gaza, London, June 1995, 25 Seiten.

In den autonom-besetzten Gebieten herrscht nicht Rechtssicherheit, sondern Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit. Vielleicht sehnen sich die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen eines Tages nach der israelischen Besatzung zurück, weil sie unter ihr wenigstens frei arbeiten konnten und sich einem weitestgehend geregelten formaljuristischen Prozedere gegenübersehen. Der Terminus »befreite Gebiete« für die Städte der Westbank klingt in Anbetracht dieser Vorgänge wie purer Zynismus. Immer wieder schüchtert Arafats Polizei Journalisten und die Herausgeber von Zeitungen ein, wenn sie nicht so berichten, wie er es will. Der Herausgeber der Hamas-Zeitung, Al-Watan, wurde wegen »aufrührerischer Artikel« zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Immer wieder wird das Erscheinen dieser Zeitung sowie anderer Presseerzeugnisse zeitweise verhindert. Für Israel und die palästinensische Behörde gilt: Für den Frieden müssen die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Überspitzt formuliert: Für den Frieden darf gefoltert werden.

4. Ausblick

Trotz des Friedensprozesses hat sich die Lage der Menschenrechte nicht gebessert. Was Israel betrifft, hat es nur graduelle Veränderungen gegeben. Neu hingegen ist die Mißhandlung der Palästinenser durch ihre eigenen Landsleute. Da die Menschenrechtspolitik generell in den internationalen Beziehungen geringer geachtet ist, besteht wenig Hoffnung, daß sich einer der europäischen Staaten oder die USA stärker für die Achtung der Menschenrechte in dieser Region einsetzen. Ohne massiven Druck von außen wird es aber keine Besserung geben. Deshalb ist zu befürchten, daß in diesem Friedensprozeß die Menschenrechte auf der Strecke bleiben.

Wie dramatisch die Lage der Palästinenser ist, zeigt der Brief des Klinikleiters des medizinischen Zentrums des griechisch-katholischen Klosters, Dr. Majed Nassar, an den amerika-

nischen Präsidenten Bill Clinton vom 26. März 1996. Darin beklagt er die unmenschliche Behandlung seiner Landsleute und die rassistische Diskriminierung. Er beendet seinen Brief mit einer Anzahl berechtigter Fragen, die die ganze Dramatik der Lage ausdrücken: »Is it o.k. when children die because of the closure? Is it o.k. when people starve in Gaza? Is it o.k. that doctors are not allowed to enter Jerusalem to take care of their patients? Is it o.k. when patients cannot reach their physicians for treatment? Is it o.k. when Jerusalem is closed? Is it o.k. when Palestinian land is still confiscated and settlements are built in the name of security? To which person shall we turn to and talk? Is this the Oslo agreement? Who is hearing our complaints and our cries? Who is seeing the tears of the grandmothers and grandchildren seeing their house blown up and crushed? If you can hear the cries of the Israeli mothers, why can't you hear the cries of our mothers? If you can see the tears in the eyes of the Israeli mothers, why don't you see the tears in our eyes? Isn't pain, grief and sorrow features of all humans? Even animals feel pain! And you shoot horses, don't you?«¹¹

Alle israelischen Maßnahmen sind gravierende Verstöße gegen jegliches Völkerrecht. Warum muß ein ganzes Volk für die Terrorakte einer kleinen Minderheit leiden? Die Ursachen des Terrors sind nicht die Terroristen, sondern die ungerechten gesellschaftlichen und ökonomischen Zustände in den besetzten Gebieten, und für diese ist Israel als Besatzungsmacht auch heute noch verantwortlich. Den Terroristen ist deshalb nicht mit Antiterrormaßnahmen beizukommen, sondern nur Reformen vor Ort könnten dies bewirken. Wenn die Unterdrückungspolitik Israels weitergeht wie bisher, wird es auch leider wieder Anschläge geben. Deshalb sollte auch Deutschland auf Israel einwirken, endlich substantielle Konzessionen zu machen.

11 A letter to the American President Mr. Bill Clinton vom 26. März 1996 (im Archiv des Autors).